

Report zur Offenlegung
nach § 26a KWG
zum 31. Dezember 2011
und Offenlegung nach § 7 Instituts-
Vergütungsverordnung
(Vergütungsbericht)



Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	4
2. Anwendungsbereich (§ 323)	5
3. Risikomanagement (§ 322)	5
4. Eigenmittelstruktur (§ 324)	6
5. Angemessenheit der Eigenmittelausstattung (§ 325)	7
6. Derivative Adressenausfallrisiko- und Aufrechnungspositionen (§ 326)	8
7. Adressenausfallrisiko (§ 327)	9
8. Adressenausfallrisiko Kreditrisiko-Standardansatz (§ 328)	14
9. Operationelles Risiko (§ 331)	16
10. Adressenausfallrisiko: Beteiligungen im Anlagebuch (§ 332)	16
11. Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch (§ 333)	18
12. Adressenausfallrisiko Verbriefungen (§ 334)	18
13. Kreditrisikominderungstechniken (§ 336)	18
14. Informationen zum Vergütungssystem nach § 7 Institutsvergütungs-Verordnung (Vergütungsbericht)	20

Abkürzungsverzeichnis

a. F.	Alte Fassung
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BIA	Basisindikatoren-Ansatz
CDS	Credit-Default-Swaps
EStG	Einkommensteuergesetz
EWB	Einzelwertberichtigung
E UEB	Eigenkapitalbogen
GuV	Gewinn und Verlust
HGB	Handelsgesetzbuch
IAS	International Accounting Standards
InstitutsVergV	Institutsvergütungsverordnung
IRBA	Auf internen Ratings basierender Ansatz (Internal Ratings-Based Approach)
IFRS	International Financial Reporting Standards
KRMT	Kreditrisikominderungstechniken
KSA	Kreditrisiko-Standardansatz
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Kreditinstitute
PD	Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default)
PWB	Pauschalwertberichtigung
RL	Richtlinie
SolvV	Solvabilitätsverordnung
VaR	Value at Risk
VRZ	Verbandsrechenzentrum

Tabellenverzeichnis

Tabellen	Seite
Tabelle 1: Verweistabelle auf andere Offenlegungsmedien.....	4
Tabelle 2: Konsolidierungskreis der Sparkasse	5
Tabelle 3: Eigenmittelstruktur	6
Tabelle 4: Eigenkapitalanforderungen	7
Tabelle 5: Wiederbeschaffungswerte	8
Tabelle 6: Nominalwert Kreditderivate.....	9
Tabelle 7: Gesamtbetrag der Forderungen nach Forderungsklassen.....	10
Tabelle 8: Verteilung der Forderungsarten nach geographischen Hauptgebieten.....	10
Tabelle 9: Hauptbranchen nach kreditrisikotragenden Instrumenten	11
Tabelle 10: Restlaufzeiten je Forderungsklasse.....	12
Tabelle 11: Notleidende/in Verzug geratene Kredite je Hauptbranche.....	13
Tabelle 12: Entwicklung der Risikovorsorge.....	14
Tabelle 13: Nominierte Ratingagenturen.....	15
Tabelle 14: Summe der Positionswerte vor/nach KRMT.....	16
Tabelle 15: Wertansätze für Beteiligungen.....	17
Tabelle 16: Gewinn- und Verlustrechnung für Beteiligungen	18
Tabelle 17: Gesamtbetrag gesichertes Exposure.....	19

1. Vorwort

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht hat mit dem Regelwerk Basel II internationale Standards zur angemessenen Eigenkapitalausstattung von Banken definiert. Im Rahmen des Drei-Säulen-Modells verfolgt die Bankenaufsicht mit der Umsetzung der 3. Baseler Säule in nationales Recht das Ziel, durch das Instrument der Offenlegung von Informationen zu den Eigenmitteln und Risikopositionen bzw. zum Risikomanagement der Kreditinstitute die Mechanismen des Kapitalmarkts zur Stärkung der Solidität und der Sicherheit des Finanzsystems zu nutzen. Die Säule 3 ergänzt die Mindesteigenkapitalanforderungen (Säule 1) und das aufsichtsrechtliche Überprüfungsverfahren (Säule 2). Nach § 26a Abs. 1 Satz 1 KWG haben Institute regelmäßig Informationen über ihre Eigenkapitalsituation, eingegangene Risiken, Risikomessverfahren und Risikomanagement zu veröffentlichen. Die näheren Anforderungen sind nach § 10 Abs. 1 Satz 9 Nr. 7 KWG in der entsprechenden Rechtsverordnung - der Solvabilitätsverordnung (SolvV) - geregelt.

Die Sparkasse Koblenz kommt den handelsrechtlichen Offenlegungspflichten durch den Lagebericht und den Jahresabschluss nach, die im Bundesanzeiger veröffentlicht werden. Darüber hinaus enthält dieser Bericht zur Offenlegung die nach § 7 InstitutsVergV und SolvV erforderlichen Angaben, die nicht schon im Lagebericht 2011 oder im Jahresabschluss 2011 enthalten sind. Die Angaben in diesem Bericht der Sparkasse Koblenz beziehen sich grundsätzlich auf den Stichtag 31. Dezember 2011.

Die Sparkasse Koblenz ist aufsichtsrechtlich ein übergeordnetes Unternehmen einer Institutsgruppe. Der Jahresabschluss wird nach den Vorgaben des HGB erstellt.

Nachfolgende Übersicht enthält Verweise auf andere Offenlegungsmedien in denen bereits nach der SolvV darzulegende Informationen offengelegt wurden und deshalb in diesem Bericht nicht mehr dargestellt werden:

Tabelle 1: Verweistabelle auf andere Offenlegungsmedien

§§ SolvV	Information	Verweis auf Offenlegungsmedium
322 i. V. m. § 320 Abs. 1 Satz 2	Risikomanagementbeschreibung	Kapitel „Risikobericht“ Absatz 4.1-4.3 des Lageberichts zum Jahresabschluss 31.12.2011
324 Abs. 1	Merkmale und Konditionen bei Nachrangverbindlichkeiten	Anhang zum Jahresabschluss 31.12.2011
325 Abs. 1	Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts	Kapitel „Risikobericht“ Absatz 4.5 des Lageberichts zum Jahresabschluss 31.12.2011
327 Abs. 1 Nr. 2	Adressenausfallrisiken: Verfahren bei der Bildung/Bewertung der Risikovorsorge	Kapitel „Risikobericht“ Absatz 4.4.1 des Lageberichts zum Jahresabschluss 31.12.2011 sowie im Anhang zum Jahresabschluss 31.12.2011
332 Nr. 2	Beteiligungen: Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze	Anhang zum Jahresabschluss 31.12.2011
333 Abs. 1 und 2	Art, Schlüsselannahmen zum Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch	Kapitel „Risikobericht“ Absatz 4.4.2 des Lageberichts zum Jahresabschluss 31.12.2011

2. Anwendungsbereich (§ 323)

Die Sparkasse ist ein übergeordnetes Unternehmen einer Institutsgruppe. Handelsrechtliche Konsolidierungspflichten bestanden bei der Sparkasse Koblenz nicht. Aufsichtsrechtlich werden bei der Sparkasse als übergeordnetes Unternehmen die Immobilien-GmbH der Sparkasse Koblenz und die Koblenzer Immobilien Verwaltungs-GmbH voll konsolidiert. Die Offenlegung erfolgt gruppenbezogen.

Tabelle 2: Konsolidierungskreis der Sparkasse

Beschreibung	Name	Aufsichtsrechtliche Behandlung			Konsolidierung nach Rechnungslegungsstandard		
		Konsolidierung (§ 10a KWG)		Abzugsmethode	risikogewichtete Beteiligungen	voll	quotal
		voll	quotal				
Kreditinstitute	Sparkasse Koblenz					----	----
Finanzunternehmen	Koblenzer Immobilien Verwaltungs-GmbH	X				----	----
Anbieter von Nebendienstleistungen	Immobilien-GmbH der Sparkasse Koblenz	X				----	----

3. Risikomanagement (§ 322)

Die Informationen zum Risikomanagement sind im Lagebericht (Abschnitt 4) dargestellt, der am 02.10.2012 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde.

Die Sparkasse ermittelt in regelmäßigen Abständen die Höhe ihres Zinsänderungsrisikos im Anlagebuch und stellt es den aufsichtsrechtlich anrechenbaren Eigenmitteln gemäß § 10 KWG entsprechend den Vorgaben der BaFin gegenüber. Bei einem Zinsänderungsschock von + 200/- 200 Basispunkten beläuft sich der Rückgang des Barwertes im ungünstigen Fall auf rund 74 Mio EUR.

4. Eigenmittelstruktur (§ 324)

Die in nachfolgender Übersicht dargestellten Beträge der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel entsprechen den Werten zum 31. Dezember 2011 gemäß der aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalübersicht zum Meldestichtag.

Tabelle 3: Eigenmittelstruktur

Eigenkapitalstruktur	Betrag in TEUR
Sonstige anrechenbare Rücklagen	270.722
Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB	50
Sonstige Abzugspositionen vom Kernkapital	-133
Gesamtbetrag Kernkapital nach § 10 Abs. 2a KWG¹⁾	270.639
Summe aus Ergänzungskapital²⁾ nach § 10 Abs. 2b KWG und Drittrangmittel nach § 10 Abs. 2c KWG	112.900
Summe der Kapitalabzugspositionen nach § 10 Abs. 2a Satz 2 Nr. 6 und 7 KWG	-400
Gesamtbetrag des modifizierten verfügbaren Eigenkapitals nach § 10 Abs. 1d KWG und der anrechenbaren Drittrangmittel nach § 10 Abs. 2c KWG	383.139

^{1) 2)} ohne Abzugspositionen nach § 10 Abs. 2a Satz 2 Nr. 6 und 7 KWG

Das Kernkapital besteht fast ausschließlich aus sonstigen anrechenbaren Rücklagen (Sicherheitsrücklage) in Höhe von 271 Mio. €. Diese umfassen die durch jährliche Thesaurierung des Jahresüberschusses gebildeten Rücklagen. Darüber hinaus ist im Kernkapital ein Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB enthalten.

Dem Ergänzungskapital der Sparkasse werden u. a. längerfristige Nachrangverbindlichkeiten zugeordnet, die die Anforderungen nach § 10 Abs. 5 bzw. 5a KWG erfüllen. Hinsichtlich dieser Nachrangverbindlichkeiten verweisen wir auf die Angaben im Anhang zum Jahresabschluss. Als Ergänzungskapital werden darüber hinaus noch Vorsorgereserven gem. § 340f HGB angerechnet.

Drittrangmittel hat die Sparkasse zum Stichtag 31. Dezember 2011 keine im Bestand.

5. Angemessenheit der Eigenmittelausstattung (§ 325)

Nachfolgende Übersicht zeigt zum 31. Dezember 2011 die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen. Seit dem Geschäftsjahr 2008 legt die Sparkasse Koblenz bei der Ermittlung der Anforderungen aus dem Adressenausfallrisiko den Kreditrisiko-Standardansatz zu Grunde. Die Anforderungen für Marktpreisrisiken sowie für Fremdwährungsrisiken wurden nach der Standardmethode berechnet; eigene Risikomodelle wurden nicht eingesetzt. Rohwaren- und sonstige zu unterlegende Risiken bestanden zum 31. Dezember 2011 nicht. Die Anforderungen für das operationelle Risiko für aufsichtsrechtliche Zwecke wurden mittels Basisindikatoransatz ermittelt. Die Beurteilung der Angemessenheit des internen Kapitals erfolgt anhand des Risikotragfähigkeitskonzeptes.

Tabelle 4: Eigenkapitalanforderungen

Kreditrisiko	Eigenkapitalanforderung in TEUR
KSA-Standardansatz (ohne Verbriefungen):	174.401
- Zentralregierungen	0
- Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	18
- sonstige öffentliche Stellen	612
- Multilaterale Entwicklungsbanken	0
- Internationale Organisationen	0
- Institute	3.050
- Unternehmen	89.519
- Mengengeschäft	40.055
- durch Immobilien besicherte Positionen	23.764
- überfällige Positionen	2.744
- Beteiligungen	9.343
- von KI emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	1.390
- Investmentanteile	1.797
- sonstige Positionen	2.109
Verbriefungen	
Verbriefungen im Standardansatz	0
Abwicklungsrisiken	
Abwicklungsrisiken	0
Marktrisiken¹⁾	
Marktrisiken im Standardansatz:	0
operationelle Risiken	
Basisindikatoransatz	16.378
Gesamtsumme	190.779

¹⁾ § 325 (2) Nr. 3 SolV i.V.m. § 330 (1) SolV

Zum 31. Dezember 2011 ergaben sich für die Sparkasse eine Gesamtkennziffer nach § 2 Abs. 6 Satz 2 SolV von 16,1 % und eine Kernkapitalquote von 11,3 %.

6. Derivative Adressenausfallrisiko- und Aufrechnungspositionen (§ 326)

Die Sparkasse geht derivative Finanzgeschäfte zur Absicherung von Kundengeschäften und zur Aktiv-Passiv-Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos ein. Die Sparkasse verwendet für die Ermittlung der Eigenmittelanforderungen im Rahmen der Solvabilitätsverordnung die Laufzeitmethode. Aufbauend auf den mittels Laufzeitmethode ermittelten Kreditäquivalenzbeträgen und den daraus resultierenden Eigenkapitalanforderungen bestimmt sich die Obergrenze für Kredite an Kontrahenten. Es werden nur Geschäfte mit Kontrahenten abgeschlossen, die eine gute Bonität aufweisen. Für jeden Kontrahenten wird für derivative Finanzprodukte eine separate Obergrenze festgelegt. Die Überwachung dieser Obergrenze erfolgt anhand eines Limitsystems, welches neben Derivaten auch für alle anderen wesentlichen Risikokategorien eingerichtet wurde. Im Hinblick darauf, dass der Abschluss von derivativen Finanzgeschäften ausschließlich zu Sicherungszwecken und nur mit Kontrahenten erfolgt, die eine gute Bonität aufweisen, verzichtet die Sparkasse auf die Hereinnahme von Sicherheiten.

Für die Bilanzierung und Bewertung der derivativen Finanzinstrumente gelten die allgemeinen Grundsätze des HGB. Aufgrund des Eintritts von Kreditereignissen bei Absicherungsgeschäften mit Kreditderivaten hat die Sparkasse eine Risikovorsorge für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften gemäß § 249 Abs. 1 HGB gebildet.

Zur Ermittlung der Risikobeträge von Markt- und Kontrahentenrisiken setzt die Sparkasse Standardverfahren nach der SolvV ein. Hierbei erfolgt eine additive Betrachtung der Risikobeträge. Korrelationen von Markt- und Kontrahentenrisiken werden hierbei nicht betrachtet.

Bei der Sparkasse bestehen keine Verträge, die sie im Falle einer Herabstufung ihres Ratings zur Leistung von Sicherheiten bzw. zum Nachschuss von Sicherheiten verpflichtet.

Positive Wiederbeschaffungswerte

Folgende Übersicht enthält für die Kontrakte die positiven Wiederbeschaffungswerte (vor und nach Aufrechnungsmöglichkeiten und anrechenbaren Sicherheiten):

Tabelle 5: Wiederbeschaffungswerte

in TEUR	Positive Wiederbeschaffungswerte vor Aufrechnung und Sicherheiten	Positive Wiederbeschaffungswerte nach Aufrechnung und Sicherheiten
Zinsbezogene Kontrakte	16.190	14.530
Summe	16.190	14.530

Betrag des Kontrahentenausfallrisikos nach der Laufzeitmethode

Der Betrag des anzurechnenden Kontrahentenausfallrisikos belief sich nach der Laufzeitmethode auf 18.301,5 TEUR.

Nominalwert der Absicherung für Absicherungsgeschäfte mit Kreditderivaten

Für Absicherungsgeschäfte mit Kreditderivaten belief sich der Nominalwert zum Offenlegungstichtag auf 12.000 TEUR.

Kreditderivatgeschäft für das eigene Kreditportfolio

In nachfolgender Übersicht sind Absicherungsgeschäfte mit Kreditderivaten mit einem Nominalwert von 12.000 TEUR enthalten.

Tabelle 6: Nominalwert Kreditderivate

in TEUR	Nutzung für eigenes Kreditportfolio		Vermittlertätigkeit
	gekauft (Sicherungsnehmer)	verkauft (Sicherungsgeber)	
Credit Default Swaps	12.000	12.000	0

Aufgrund des Wesentlichkeitsgrundsatzes gemäß § 26a Absatz 2 KWG wurde von einer Offenlegung weiterer quantitativer Informationen über die im Anhang zum Jahresabschluss dargestellten Angaben hinaus abgesehen.

7. Adressenausfallrisiko (§ 327)

Die nachfolgenden Übersichten enthalten den Gesamtbetrag der Forderungen in unterschiedlichen Sichtweisen. Hinsichtlich der Angaben zu Beteiligungen verweisen wir auf den Abschnitt 10 dieses Berichtes.

Gesamtbetrag der Forderungen nach Forderungsklassen

Da die Beträge am Offenlegungstichtag wesentlich von den Durchschnittsbeständen abweichen, erfolgte eine ergänzende Darstellung der Durchschnittsbeträge. Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Bemessungsgrundlagen gemäß § 49 Abs. 2 SolvV und die derivativen Instrumente mit ihren Kreditäquivalenzbeträgen ausgewiesen.

Tabelle 7: Gesamtbetrag der Forderungen nach Forderungsklassen

Gesamtbetrag der Forderungen nach Forderungsklassen gemäß SolvV	Forderungsbetrag in TEUR	Durchschnittlicher Forderungsbetrag in TEUR
- Zentralregierungen	263.298	107.047
- Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	359.990	362.722
- sonstige öffentliche Stellen	65.323	57.349
- Multilaterale Entwicklungsbanken	0	0
- Internationale Organisationen	0	0
- Institute	749.629	1.224.043
- von KI emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	163.661	135.828
- Unternehmen	1.344.468	1.365.437
- Mengengeschäft	1.173.482	1.157.565
- durch Immobilien besicherte Positionen	881.014	882.426
- Beteiligungen	122.913	121.486
- Investmentanteile	79.942	79.942
- sonstige Positionen	48.306	47.757
- überfällige Positionen	56.721	63.151
Gesamtbetrag der Forderungen	5.308.747	5.604.753

Verteilung der Forderungen auf geographische Hauptgebiete

Die Sparkasse ist ein regional tätiges Unternehmen. Der überwiegende Anteil der Forderungen entfällt auf Deutschland. Daher beschränkt sich die geographische Gliederung auf Deutschland, EU/EWR und Sonstige.

Tabelle 8: Verteilung der Forderungsarten nach geographischen Hauptgebieten

Geografische Hauptgebiete	Kredite, Zusagen und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva	Wertpapiere	Derivative Finanzinstrumente
	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR
Deutschland	4.628.110	492.012	25.985
EU / EWR ¹⁾	57.765	92.358	1.378
Sonstige	10.464	675	0
Gesamtbetrag der Forderungen	4.696.339	585.045	27.363

¹⁾ ohne Deutschland

Hauptbranchen nach kreditrisikotragenden Instrumenten

Tabelle 9: Hauptbranchen nach kreditrisikotragenden Instrumenten

Hauptbranchen	Kredite, Zusagen und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva	Wertpapiere	Derivative Finanzinstrumente (Kreditäquivalenzbetrag)
	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR
Banken	804.753	383.833	26.592
Investmentfonds (inkl. Geldmarktfonds)	24.336	79.942	0
öffentliche Haushalte	326.436	98.693	0
Privatpersonen	1.391.444	0	0
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	2.124.073	22.577	771
davon:			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	9.752	0	0
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	57.948	0	0
Verarbeitendes Gewerbe	194.551	0	432
Baugewerbe	145.857	0	0
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	236.317	0	259
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	47.406	0	62
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	172.852	22.577	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	636.345	0	0
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	623.045	0	18
Organisationen ohne Erwerbszweck	25.297	0	0
Gesamtbetrag der Forderungen	4.696.339	585.045	27.363

Gliederung der Forderungen nach den vertraglichen Restlaufzeiten

Tabelle 10: Restlaufzeiten je Forderungsklasse

Restlaufzeiten	< 1 Jahr*	1 Jahr bis 5 Jahre	> 5 Jahre
	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR
- Zentralregierungen	256.844	0	6.454
- Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	296.629	41.069	22.292
- sonstige öffentliche Stellen	23.748	5.065	36.510
- Institute	355.857	246.341	147.431
- von KI emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	12.728	122.758	28.175
- Unternehmen	376.055	347.125	621.288
- Mengengeschäft	530.207	156.123	487.152
- durch Immobilien besicherte Positionen	56.292	117.494	707.228
- Investmentanteile	79.942	0	0
- Beteiligungen	0	0	122.913
- sonstige Positionen	48.306	0	0
- überfällige Positionen	23.788	5.064	27.869
Gesamtbetrag der Forderungen	2.060.396	1.041.039	2.207.312

* inkl. unbefristet

Die Sparkasse verfügt über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig akute Ausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen. Hinsichtlich der handelsrechtlichen Bewertung verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang zum Jahresabschluss vom 31. Dezember 2011. Die Informationen zum Management der Adressenrisiken sind im Lagebericht (Abschnitt 4.4.1) dargestellt, der am 02.10.2012 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde.

Gliederung der notleidenden und der in Verzug geratenen Kredite nach Hauptbranchen

Als „notleidend“ werden in der nachfolgenden Übersicht solche Forderungen ausgewiesen, bei denen nach den vorgenannten Kriterien Risikovorsorge im Jahresabschluss gebildet wurde. Bei den „Forderungen in Verzug“ handelt es sich um Positionen der Forderungsklasse „überfällige Positionen“, für die keine Risikovorsorge erforderlich war.

Tabelle 11: Notleidende/in Verzug geratene Kredite je Hauptbranche

Hauptbranchen	Gesamtinanspruchnahme aus notleidenden Forderungen	Bestand EWB	Bestand PWB	Bestand Rückstellungen	Nettozuführung / Auflösung von EWB / Rückstellungen	Direktabschreibung / Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	Forderungen in Verzug (ohne Risikovorsorge)
	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR
Banken	0	0	-	0	0	-	0
Investmentfonds (inkl. Geldmarktfonds)	0	0	-	0	0	-	0
öffentliche Haushalte	0	0	-	0	0	-	0
Privatpersonen	14.346	10.752	-	175	-1.180	-	10.362
Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen	106.600	71.095	-	2.356	-2.010	-	28.010
davon:							
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	20	10	-	0	-12	-	239
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	284	195	-	0	-6	-	0
Verarbeitendes Gewerbe	8.057	6.821	-	3	2.662	-	2.804
Baugewerbe	11.051	8.205	-	296	-2.808	-	3.413
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	15.642	10.419	-	109	-4.006	-	7.338
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	3.128	2.757	-	39	136	-	3.451
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	12.175	627	-	557	221	-	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	25.510	18.503	-	960	248	-	3.054
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	30.733	23.558	-	392	1.555	-	7.711
Organisationen o. Erwerbszweck	128	62	-	0	0	-	0
Summe	121.074	81.909	6.249	2.531	-3.190	879	38.372

Die Direktabschreibungen beliefen sich auf 1.404 TEUR. Die Eingänge auf abgeschriebene Forderungen betragen 525 TEUR.

Aufgrund des Wesentlichkeitsgrundsatzes gemäß § 26a Absatz 2 KWG wurde von der Offenlegung einer detaillierten Aufteilung der PWB und der Direktabschreibung / Eingänge auf abgeschriebene Forderungen in den einzelnen Hauptbranchen abgesehen und lediglich jeweils die Summenwerte angegeben.

Da die Sparkasse ein regional tätiges Unternehmen ist, verzichtet sie gemäß § 26a Absatz 2 KWG unter Anwendung des Materialitätsgrundsatzes auf die Offenlegung nach geographischen Hauptgebieten.

Entwicklung der Risikovorsorge

Die folgende Aufstellung zeigt die Veränderungen der Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Geschäftsjahr 2011.

Tabelle 12: Entwicklung der Risikovorsorge

	Anfangsbestand der Periode	Zuführung	Auflösung	Verbrauch	wechsellkursbedingte und sonstige Veränderungen	Endbestand der Periode
	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR
EWB	85.616	17.180	-13.742	-7.145	0	81.909
Rückstellungen	2.014	880	-363	0	0	2.531
PWB	6.131	118	0	0	0	6.249

8. Adressenausfallrisiko Kreditrisiko-Standardansatz (§ 328)

Die Sparkasse ermittelt die Eigenkapitalanforderungen im Kreditrisiko-Standardansatz.

Nachfolgende Übersicht enthält die von der BaFin anerkannten Ratingagenturen und die KSA-Forderrungsklassen, für die die Ratingagenturen bei der Sparkasse jeweils nominiert sind.

Tabelle 13: Nominierte Ratingagenturen

Forderungskategorie	Forderungsklasse	Ratingagenturen
Staaten	Zentralregierungen	Moody's Investors Service
	Regionalregierungen	Standard & Poor's Rating Services
	sonstige öffentliche Stellen	
	Institute	
	von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen	
Banken	multilaterale Entwicklungsbanken	Moody's Investors Service Standard & Poor's Rating Services
Verbriefungen	KSA-Verbriefungspositionen (§ 227 Abs.3)	Moody's Investors Service Standard & Poor's Rating Services

Die Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen erfolgt für diese Forderungsklassen auf Grundlage der Bonitätsbeurteilungen der nominierten Ratingagenturen (externe Ratings) sofern ein entsprechendes Rating vorliegt.

Grundsätzlich wird jeder Emission ein externes Rating zugeordnet. Existiert für eine Forderung kein Emissionsrating, wird geprüft, ob das Rating anderer Emissionen des Schuldners gemäß § 45 SolvV auf die Forderung übertragen werden kann. Ist dies nicht möglich, wird auf ein ggf. vorhandenes externes Rating des Schuldners abgestellt (Emittentenrating). Ansonsten werden die Forderungen im Rahmen der Eigenmittelanforderungen mit pauschalen Anrechnungssätzen berücksichtigt. Die beschriebene Verfahrensweise wird programmtechnisch unterstützt.

Summe der Positionswerte vor und nach Kreditrisikominderung

Nachfolgende Tabelle beinhaltet die jeweilige Summe der Positionswerte, die den dargestellten Risikogewichten zugeordnet sind. Für den KSA erfolgt die Darstellung der Positionswerte vor und nach Einbeziehung von Kreditrisikominderungseffekten im Sinne der SolvV aus Sicherheiten.

Tabelle 14: Summe der Positionswerte vor/nach KRMT

Risikogewicht in %	Summe der Positionswerte	
	Standardansatz	
	vor Kreditrisikominderung	nach Kreditrisikominderung ¹⁾
	Betrag in TEUR	Betrag in TEUR
0	995.940	1.046.482
10	153.609	153.609
20	223.122	224.208
35	848.717	848.717
50	498	498
75	709.486	667.583
100	1.287.634	1.277.945
150	14.445	14.281
sonstige Risikogewichte	79.942	79.942
Summe	4.313.393	4.313.265

¹⁾Durch Kreditminderungseffekte kann sich das Risikogewicht ändern, so dass Forderungen in Klassen mit einem geringen Risikogewicht eingeordnet werden und dadurch der Betrag in diesen Klassen nach Kreditrisikominderung höher ist als vor Kreditrisikominderung.

9. Operationelles Risiko (§ 331)

Zur Bestimmung des aufsichtsrechtlichen Anrechnungsbetrags für das operationelle Risiko nutzt die Sparkasse den Basisindikatoransatz. Dabei wird der Durchschnitt der Bruttoerträge der letzten drei Jahre mit einem aufsichtsrechtlich vorgegebenen Prozentsatz von 15 % multipliziert. Ausgangspunkt für die Ertragsrechnung pro Jahr sind die Stichtagswerte zum Jahresende. Die Eigenkapitalanforderungen des operationellen Risikos werden unter Kapitel „Angemessenheit der Eigenmittel“ (§ 325) aufgeführt.

10. Adressenausfallrisiko: Beteiligungen im Anlagebuch (§ 332)

Die Beteiligungen im Anlagebuch der Sparkasse wurden aufgrund langfristiger strategischer Überlegungen eingegangen, um den S-Finanzverbund zu stärken und eine Zusammenarbeit mit den einzelnen Institutionen in der Region zu ermöglichen. Sie dienen letztlich der Erfüllung des öffentlichen Auftrages durch den Gesetzgeber sowie der Förderung des Sparkassenwesens. Eine Gewinnerzielung steht somit nicht im Vordergrund.

Grundsätzlich gliedert die Sparkasse die Beteiligungen nach folgenden Kriterien:

Strategische Beteiligungen folgen dem Verbundgedanken und sind Ausdruck der Geschäftsstrategie der Sparkassen-Finanzgruppe. Sie tragen zum operativen Erfolg der Sparkasse bei und sind in der Regel nicht disponibel. Hierzu zählen z. B. die Beteiligungen bei der Deutsche Leasing AG.

Der Sparkassenverband Rheinland-Pfalz (SVRP) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Die Sparkasse gehört dem SVRP als Pflichtmitglied an. Nach einer Entscheidung der Aufsicht für IRBA-Institute werden diese nach SolvV als Beteiligung behandelt. Deshalb wurde das Stammkapital am SVRP im Offenlegungsbericht in diese Kategorie eingeordnet.

Kapitalbeteiligungen werden mit dem Ziel eingegangen, gemäß dem Sparkassengesetz die regionale Wirtschaft mit Krediten zu versorgen. Dabei werden gerade bei innovativen Unternehmen zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis Beteiligungen über Venture-Capital-Gesellschaften eingegangen. An einer solchen ist auch die Sparkasse beteiligt. Darüber hinaus werden über die Eigenanlagen Aktien und Anteile an anderen Kapitalgesellschaften gehalten.

Die im Folgenden als Beteiligungen ausgewiesenen Positionen entsprechen der Zuordnung zur Forderungskategorie „Beteiligungen“ gemäß Solvabilitätsverordnung. Bei den Beteiligungspositionen werden der Positionswert der SolvV-Meldung, der Bilanzwert und der beizulegende Zeitwert zum Stichtag 31.12.2011 ausgewiesen. Bei gehandelten Wertpapieren wird ein Vergleich zum notierten Börsenwert vorgenommen, wenn dieser sich wesentlich vom Bilanzwert unterscheidet.

Eine Zuordnung der einzelnen Beteiligungen kann der folgenden Tabelle entnommen werden.

Tabelle 15: Wertansätze für Beteiligungen

Gruppen von Beteiligungsinstrumenten	Vergleich		
	Positionswert ¹⁾	Beizulegender Zeitwert (Fair Value)	Bilanzwert ²⁾
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Strategische Beteiligungen			
börsennotiert	0	0	0
andere	77.875	79.006	79.006
Kapitalbeteiligungen			
börsennotiert	680	530	530
andere	44.358	32.620	32.620

¹⁾ Der Positionswert entspricht dem Wertansatz in der SolvV-Meldung zum 31.12.2011.

²⁾ Der Bilanzwert entspricht dem Wertansatz aus der Bilanzierung nach HGB zum 31.12.2011.

Die Bewertung der Beteiligungen im Anlagebuch erfolgt nach rechnungslegungsspezifischen Vorgaben gemäß HGB. Die Beteiligungswerte werden zum Erwerbszeitpunkt mit den Anschaffungskosten und im Rahmen der Folgebewertung nach dem Niederstwertprinzip bewertet. Im Falle einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung erfolgt eine Abschreibung auf den niedrigeren beizulegenden Wert. Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert werden auch bei vorübergehender Wertminderung vorgenommen.

Realisierte und unrealisierte Gewinne/Verluste aus Beteiligungsinstrumenten

Tabelle 16: Gewinn- und Verlustrechnung für Beteiligungen

	realisierter Gewinn / Verlust aus Verkauf / Abwicklung	Unrealisierte Neubewertungsverluste	
		insgesamt	davon im Ergänzungskapital berücksichtigte Beträge
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
Summe	0	-150	0

11. Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch (§ 333)

Der Sachverhalt ist im Kapitel § 322 aufgegangen.

12. Adressenausfallrisiko Verbriefungen (§ 334)

Die Sparkasse ist in der Forderungsklasse "Verbriefungen" nicht investiert.

13. Kreditrisikominderungstechniken (§ 336 SolvV)

Die im Geschäftsbetrieb der Sparkasse eingegangenen Risiken werden durch Kreditrisikominderungstechniken in Form von Sicherheiten oder – in einem Fall - Aufrechnungsverfahren reduziert.

Folgende Sicherungsinstrumente werden von der Sparkasse anrechnungsmindernd berücksichtigt:

- a) Gewährleistungen (öffentliche Bürgschaften/Garantien)
- b) Einlagen bei Drittinstituten

Die Bonität der Sicherungsgeber zu a) ist naturgemäß (öffentliche Bürgschaften/Garantien) gegeben, die Sicherungsgeber zu b) sind ausnahmslos inländische Kreditinstitute/Bausparkassen, rd. 96,7 % des Volumens entfällt auf Institute der Sparkassenorganisation, im Wesentlichen (99,5 %) ein Verbundpartner der Sparkasse, die Bonitätsfrage ist ebenfalls positiv zu beantworten.

Es bestehen geregelte Verfahren zur Bewertung und Verwaltung der Sicherheiten. Die Werthaltigkeit und der rechtliche Bestand von Sicherheiten werden risikoorientiert in Abhängigkeit von Art und Höhe der Sicherheit in regelmäßigen Abständen überprüft. Soweit Informationen bekannt werden, die auf eine wesentliche (negative) Risikoänderung hindeuten, wird die jeweilige Sicherheit abhängig von ihrer Art und Höhe anlassbezogen überprüft.

Die Anforderungen im Zusammenhang mit den Kreditrisikominderungstechniken werden durch die entsprechende Ausgestaltung der Kreditverträge und der Sicherheitenvereinbarungen erfüllt.

Auch die Sicherstellung der rechtlichen Durchsetzbarkeit und Beachtung des rechtlichen Umfelds ist gegeben.

Durch die Erfassung der relevanten Daten im Sicherheitenverwaltungssystem und die installierten Prozesse in der Sparkasse ist sichergestellt, dass anrechnungsfähige Sicherheiten zur Anwendung kommen.

Aufgrund unseres diversifizierten Kreditportfolios bestehen derzeit keine Konzentrationsrisiken im Bereich der Sicherungsinstrumente.

Bei der Sparkasse wird im Jahr 2011 eine Aufrechnungsvereinbarung (Netting) im Rahmen von zwei derivativen Geschäften (Zinsswaps) berücksichtigt. Es handelt sich hierbei um eine nur unwesentliche Größenordnung (auf § 26a Abs. 2 KWG sei verwiesen), die Auswirkung des Netting auf die beiden Positionswerte beträgt zum Stichtag insgesamt 128 TEUR. Von der Rechtswirksamkeit der zu Grunde liegenden Verträge haben wir uns überzeugt. Diese Nettingvereinbarung bleibt ein Einzelfall.

Die Sparkasse nutzt zur Absicherung von Immobilienfinanzierungen Grundpfandrechte als wesentliches Instrument zur Minimierung der mit dem Kreditgeschäft verbundenen Risiken, wobei anrechnungserleichternd nur Grundpfandrechte auf wohnwirtschaftlichen Objekten angesetzt werden. Diese privilegierten Grundpfandrechte werden im Kreditrisikostandardansatz (KSA) als eigenständige Forderungsklasse berücksichtigt (vgl. Kapitel 7, Adressenausfallrisiko) und daher nicht als Kreditrisikominderungstechnik nach der Solvabilitätsverordnung behandelt. Die Bewertung der Grundpfandrechte erfolgt gemäß den Anforderungen des § 35 SolvV i. V. m. § 20 a Abs. 4 bis 8 KWG.

Gesamtbetrag gesichertes Exposure

Im KSA kommen folgende Sicherheiten i.S. § 336 SolvV zur Anrechnung:

Tabelle 17: Gesamtbetrag gesichertes Exposure

Portfolio Standardansatz	Finanzielle Sicherheiten	Garantien, Bürgschaften/ Einlagen bei Drittinstituten	Aufrechnungsvereinbarungen
	in TEUR	in TEUR	in TEUR
- Institute	0	0	128
- Unternehmen	0	9.645	0
- Mengengeschäft	0	41.903	0
- überfällige Positionen	0	208	0
Summe	0	51.756	128

14. Informationen zum Vergütungssystem nach § 7 Institutsvergütungs-Verordnung (Vergütungsbericht)

Qualitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 InstitutsVergV

Auf die Arbeitsverhältnisse der bankspezifisch Beschäftigten der Sparkasse Koblenz finden die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst, insbesondere der TVöD-Besonderer Teil Sparkassen (TVöD-S), Anwendung. Die Vergütungsstruktur ist somit in wesentlichen Teilen durch tarifliche Vorgaben geprägt. Die überwiegende Anzahl der Beschäftigten erhält eine Vergütung ausschließlich auf dieser tarifvertraglichen Basis. Die Vergütung besteht somit in der Regel aus den Monatstabellenentgelten und der jährlichen Sparkassensonderzahlung. Die Mitarbeiter der Sparkasse Koblenz erhalten keine Direktprovision für Vertragsabschlüsse.

In allen Geschäftsbereichen können die Beschäftigten neben der tarifvertraglichen Vergütung in untergeordnetem Umfang Prämien aus einem erfolgs- und leistungsorientierten Anreizsystem (ELAN) erhalten, dessen Ziele aus der Unternehmensstrategie abgeleitet und im Wege eines durchgängigen Prozesses funktionspezifisch bis auf die Ebene des einzelnen Beschäftigten heruntergebrochen sind.

Bei Erreichen der vom Vorstand definierten Ziele kommt ELAN zur Auszahlung. ELAN ist nicht Bestandteil vertraglicher Vereinbarungen zwischen Sparkasse und Mitarbeitern. Es gibt keinen Rechtsanspruch auf eine Zahlung.

Wenige Mitarbeiter erhalten eine individuell vertraglich fixierte leistungsorientierte Vergütung (LOV). Diese Mitarbeiter sind keine Risikoträger der Sparkasse, die Grundvergütung erfolgt in Anlehnung an die tariflichen Regelungen des TVöD-S. Die LOV-Vereinbarung ersetzt dabei den individuell-leistungsbezogenen Teil der Sparkassensonderzahlung (SSZ) sowie ELAN. Die variablen Vergütungsanteile führen nicht zu schädlichen Anreizen im Sinne einer signifikanten Abhängigkeit eines Mitarbeiters von der variablen Vergütung.

Bei den Führungskräften der 2. Ebene (direkt unterhalb dem Vorstand) wurde von der Öffnungsklausel gemäß § 1 Abs. 4 TVöD Gebrauch gemacht.

In allen vorstehenden Fällen setzt sich der Gesamtzielerreichungsgrad aus funktionspezifischen Einzelzielen und z. T. auch aus Teamzielen zusammen. Der Gesamtzielerreichungsgrad wird i. d. R. aus einer Summe von mindestens 2 und höchstens 6 Einzelzielen gebildet. Die Ziele sind auf einen langfristigen und nachhaltigen Geschäftserfolg ausgerichtet und berücksichtigen im Regelfall auch qualitative Ziele. Die Prämien aus den oben genannten zielorientierten übertariflichen Vergütungen werden i. d. R. jährlich nach Ablauf des Geschäftsjahres als Einmalzahlung ausgezahlt, unterjährige Abschlagszahlungen bei entsprechender Zielerfüllung sind möglich.

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der Sparkasse erfolgt auf der Grundlage der Vergütungsrichtlinien des Sparkassenverbandes Rheinland-Pfalz für Mitglieder von Sparkassenvorständen vom 13.11.2007. Sie besteht aus einer Festvergütung (Jahresgrundbetrag) und einer variablen Zulage (Leistungszulage). Die Leistungszulage ist vom Erreichen individueller Zielvereinbarungen abhängig. Der Verwaltungsrat hat jährlich nach Feststellung des Jahresabschlusses über die Leistungszulage zu beschließen.

Bei allen Beschäftigten sind angemessene Obergrenzen für variable Vergütungsbestandteile festgelegt.

Bei der Ausgestaltung der Vergütungssysteme ist eine Einbindung externer Berater nicht erfolgt.

Quantitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 InstitutsVergV

Der Gesamtbetrag der fixen Vergütung beträgt 30.791 TEUR.

Der Gesamtbetrag der tarifvertraglich variablen Vergütung (variabler Teil der Sparkassensonderzahlung) beträgt 2.067 TEUR.

Der Gesamtbetrag der nicht tarifvertraglich geregelten variablen Vergütung beträgt 1.448 TEUR.

Insgesamt erhalten 392 Personen eine nicht tarifvertraglich geregelte variable Vergütung.

In diesen Angaben sind auch die fixen und variablen Vergütungen der Vorstandsmitglieder enthalten. Ebenfalls enthalten sind die fixen und variablen Vergütungen, die eine tarifvertragliche Grundlage haben.

Herausgeber:
Sparkasse Koblenz
Bahnhofstraße 11
56068 Koblenz